



# Brief aus Berlin



[www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de)



direkt gewählt - direkt erreichbar

23. September 2014

Liebe Leserin, lieber Leser,

viele von Ihnen werden es in den Medien verfolgt haben - am vergangenen Samstag fand in der SPD-Zentrale in Berlin ein kleiner SPD-Parteitag statt. Dort ging es um die Herausforderungen der fortschreitenden Digitalisierung für unsere Gesellschaft, um Friedenspolitik zu Zeiten neuer internationaler Bedrohungen und nicht zuletzt um **das weitere Vorgehen bezüglich des transatlantischen Freihandelsabkommens mit den USA (TTIP)**. Mit großer Mehrheit hat sich der Konvent hinsichtlich TTIP den Anforderungen an die Verhandlungen angeschlossen, die Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und der Deutsche Gewerkschaftsbund gemeinsam formuliert hatten. Damit ist klar: **Wir setzen uns entschieden gegen die Absenkungen von Sozial-, Arbeits- und Verbraucherschutzstandards ein. Schiedsgerichte, die nationale Gesetzgebung unterlaufen können, brauchen wir nicht. Auch die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge in der EU muss gewahrt werden** - wir halten Positivlisten dabei für vertrauenswürdiger als Negativlisten, die erlauben, dass alle Bereiche liberalisiert werden können, die nicht explizit aufgelistet sind. **Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Verhandlungen ab sofort mit größtmöglicher Transparenz geführt werden.** Die Einzelheiten diskutieren wir parteiintern weiter – unter anderem auf einem großen Hearing im Februar. Unseren Beschluss finden Sie im Netz unter [http://www.spd.de/linkableblob/123760/data/20140920\\_parteikonvent\\_beschluss\\_ttip.pdf](http://www.spd.de/linkableblob/123760/data/20140920_parteikonvent_beschluss_ttip.pdf).

Auch im Bundestag stehen TTIP und das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) am Donnerstag auf der Tagesordnung. Auf <http://www.bundestag.de/> können Sie die Debatten live verfolgen. Auch viele andere spannende Debatten gibt es dort in dieser Woche zu sehen - so wird es neben den von mir berichteten Themen auch um Änderungen im Sexualstrafrecht zur Eindämmung von Kinderpornografie sowie um das weitere Vorgehen zur Bekämpfung von Ebola gehen.

Viel Spaß beim Lesen und eine gute Woche wünscht

*Brigitte Zypries*

## +++ Diskussionsveranstaltung +++

### 1. Jahr Große Koalition

Ein Jahr ist die Bundestagswahl nun her. Es folgte etwas ganz Neues in Deutschland: Bundesweit entschieden die Mitglieder der SPD über den Koalitionsvertrag mit der CDU. Parteiinterne Aussprachen und Diskussionen begleiteten die Abstimmung - auch hier in Darmstadt-Dieburg. **Wir vereinbarten, uns ein Jahr später wieder zu treffen, um die Arbeit der „GroKo“ zu bewerten.**

Nun ist es soweit: Jens Zimmermann, (MdB), Patrick Koch (Vorsitzender SPD Darmstadt-Dieburg) und ich werden **gemeinsam mit Ihnen zurückblicken und Bilanz ziehen.** Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, sich an dieser Diskussion zu beteiligen.

30. September, 20.00 Uhr, in der Bürgerhalle Eppertshausen, Waldstr. 19, 64859 Eppertshausen



+++ Veranstaltungshinweis +++

Tag der Stadtwirtschaft

Am 27. September präsentieren sich erstmals zahlreiche kommunale Unternehmen unter dem Motto **„Darmstadt im Herzen“** gemeinsam den Bürgerinnen und Bürgern.

Neben vielen Präsentationen, in denen die Unternehmen ihre Arbeit vorstellen, gibt es auch ein breites Rahmenprogramm unter anderem mit Live-Musik und Kinderprogramm. Ein Stand der Darmstädter Feuerwehr sowie des SV Darmstadt 98 sind auch mit dabei.

Der Tag der Stadtwirtschaft findet von 10 bis 17 Uhr in der **Darmstädter Innenstadt** auf dem Markt-, Friedens- und Ernst-Ludwigs-Platz statt.

Ein wichtiger Schritt hin zu einer modernen Familienpolitik - Elterngeld Plus und Kita-Ausbau

Bereits zu Beginn ihrer Amtszeit kündigte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) eine „moderne Gesellschaftspolitik des 21. Jahrhunderts“ an. Am Freitag werden im Bundestag nun gleich zwei Gesetzesentwürfe aus ihrem Hause debattiert.

Der erste Entwurf widmet sich dem neuen **Elterngeld Plus**. Eltern, die künftig während des Elterngeldbezuges in Teilzeit arbeiten, sollen dem Gesetzesentwurf zufolge doppelt so lange Elterngeld „Plus“ erhalten wie zuvor. **Das soll vor allem Frauen dazu bewegen, früher wieder in den Job einzusteigen, ohne dabei - wie bisher - einen finanziellen Nachteil durch entsprechende Absenkung des Elterngeldes zu haben.** Da die Regelung von beiden Elternteilen zeitgleich in Anspruch genommen werden kann (Partnerschaftsbonus), werden auch für Väter Anreize gesetzt, ohne finanzielle Nachteile Stunden zu reduzieren - das fördert eine partnerschaftliche Aufteilung der Aufgaben in Familie und Beruf und verbessert zugleich die Chancengleichheit für Frauen im Erwerbsleben.

In dem zweiten Gesetzesentwurf geht es um den Ausbau der Kindertagesbetreuung. Der Bund hilft den Ländern seit Jahren nachhaltig bei der Finanzierung dieses Vorhabens: **In dieser Legislatur wird der Bund eine weitere Milliarde Euro zur Verfügung stellen, um zusätzliche Plätze in Kitas und in der Tagespflege zu schaffen und ihren Betrieb zu finanzieren.** Ab 2015 unterstützt der Bund den dauerhaften Betrieb der neu geschaffenen Kitaplätze mit jährlich 845 Millionen Euro. **Zugleich soll mit Mitteln in Höhe von 550 Millionen auch die Qualität der Betreuung verbessert werden,** so etwa die frühkindliche Bildung und gesunde Verpflegung. Weitere 400 Millionen Euro werden für die Sprachförderung eingesetzt.

Mit dem Ausbau dieser Leistungen leistet Manuela Schwesig nicht nur einen wesentlichen Beitrag zu einer modernen Familienpolitik. **Neueste Studien ergeben, dass subventionierte Kinderbetreuung und das Elterngeld zu den Leistungen mit den besten Wirkungen gehören. Beide Leistungen verringern das Armutsrisiko von Familien und stärken das Wohlergehen von Kindern.** Sie unterstützen zudem die Erfüllung von Kinderwünschen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf scheint der Dreh- und Angelpunkt einer wirksamen Familienpolitik zu sein - wir sind daher auf einem guten Weg!



### Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zypries@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@bundestag.de).

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Bilder:

Thomas Mueller / [aboutpixel](#) (S. 2)  
Lina Kramer (S. 3)

### Änderungen im Freizügigkeitsrecht - eine gute Antwort auf vermehrte Zuwanderung aus Europa

Armutsmigration aus Südosteuropa - zu Beginn des Jahres überschwemmte die von der CSU losgetretene Debatte um den angeblichen Sozialmissbrauch europäischer Zuwanderer unsere Medien. Inzwischen wissen wir: **Die meisten Zuwanderer kommen nach Deutschland um zu arbeiten, nicht um hier Sozialleistungen zu erschleichen. Darauf sind wir sogar angewiesen: Wir brauchen sie als qualifizierte Fachkräfte zur Sicherung unseres Wohlstands.** Auf Sozialleistungen oder auch familienbezogene Leistungen wie das Kindergeld haben sie als EU-Bürger ein gutes Recht, das soll auch so bleiben. Der Missbrauch soll jetzt allerdings erschwert werden.

**Am Donnerstag wird ein Gesetzespaket der Bundesregierung mit Änderungen zum Freizügigkeitsrecht eingebracht. Dieses soll in erster Linie den berechtigten (finanziellen) Sorgen einiger Kommunen Rechnung tragen, in denen sich besonders viele verarmte EU-Bürger angesiedelt haben.** Diese werden nun bei der Bereitstellung von Unterkünften, Heizung und Maßnahmen im Gesundheitswesen mit Beträgen in Millionenhöhe vom Bund unterstützt.

**Zweites wichtiges Anliegen des Entwurfs ist das entschlossene Unterbinden von Missbrauch.** Dazu sollen befristete Wiedereinreisesperren im Fall von Rechtsmissbrauch oder Betrug ermöglicht werden. Auch für die Auszahlung von Familienleistungen und Kindergeld ist eine weniger betrugsanfällige Gestaltung vorgesehen. **Zugleich soll sichergestellt werden, dass Zuwanderer nicht in menschenunwürdigen oder auf Ausbeutung angelegten Beschäftigungsverhältnissen arbeiten müssen - dazu gehört der Kampf gegen Schwarzarbeit und das Vorgehen gegen Scheinselbständigkeit.**

Ich denke, dass sich das vorgelegte Paket sehen lassen und einen erheblichen Beitrag dazu leisten kann, **die Diskussion um Freizügigkeit in Europa zu versachlichen.** Zudem begegnet es den mit der Freizügigkeit verbundenen Problem effektiv und sichert durch konsequentes Vorgehen gegen Missbrauch die Freizügigkeit als tragende Säule der europäischen Integration.